

Haushaltsrede 2021 für die SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Marienheide

Coronabedingt ist dies leider keine Rede, sondern eher ein Besinnungsaufsatz. „Eine Rede ist ein für allemal keine Schreibe“ (Friedrich Theodor Vischer, 1907) und eine Schreibe ist keine Rede.

Es ist dies ein erster und gleichzeitig letzter Haushalt. Ein letzter Haushalt unter den Bedingungen des Stärkungspaktes, ein erster Haushalt der neuen Legislatur und der neuen Kämmerin.

1. Der Haushalt ist wieder ausgeglichen, ja wir können sogar Rückstellungen vornehmen. Mehr noch, die Gemeinde ist finanziell so gut aufgestellt, dass es möglich war 4,4 Millionen Euro für den Ankauf einer größeren Immobilie im Haushalt unterzubringen. Der Erwerb ist nicht auf Dauer angelegt, sondern soll der Entwicklung des Ortskerns dienen. Das Einbringen einer derartigen Summe muss zu erhöhter Aufmerksamkeit führen, denn es sind weder die tatsächlichen Kosten bekannt, noch können Angaben zum möglichen Vorgehen nach Erwerb gemacht werden. Die SPD-Fraktion hat sich nach intensiver Diskussion entschlossen, dem Bürgermeister und der Verwaltung den finanziellen Spielraum für die Einbindung der in Frage stehenden Immobilie in die Ortskerngestaltung zu geben. Wir werden das gesamte Verfahren genauestens im Auge behalten.
2. Die wirtschaftlichen Einbußen der Pandemie sind in diesem Jahr noch nicht auf den Haushalt durchgeschlagen. Für die nächsten Jahre werden allerdings negative Effekte erwartet. Wir haben auch in diesem Jahr keine kostenträchtigen Anträge in einen von den Bedingungen des Stärkungspaktes diktierten Haushaltsentwurf eingebracht.

Aber:

Die SPD-Fraktion möchte das kommende Jahr als Jahr des Aufbruchs nutzen. Der neue Rat hat zwei neue Ausschüsse gebildet, im folgenden Haushaltsjahr entfallen die Bindungen des Stärkungspaktes. Jetzt ist der Moment gekommen, für die Zukunft der Gemeinde Marienheide wesentliche Weichen zu stellen.

Was ist zu tun:

1. Die Entwicklung des Ortskerns muss vorangetrieben werden. In den nächsten Jahren wird der Straßenbau zu Verkehrsstörungen führen. Die bisherige gute Kommunikation der Maßnahmen zur Reduzierung der Belastung wird seitens der Verwaltung sicher fortgeführt. Gleichzeitig muss die Planung für das menschenfreundliche Zentrum konkret werden: Es soll zum Verweilen einladen, barrierefrei sein, fußläufige Verbindungen zwischen den Geschäften enthalten, den Bereich zwischen altem Zentrum und neuem Zentrum am Bahnhof entwickeln, die Außengastronomie stärken und vieles mehr. Wir erinnern daran, dass nach intensiver Bürgerbeteiligung und einem Wettbewerb gute Pläne für die Entwicklung dieses Bereiches vorliegen. Sie sollten genutzt werden.

2. Wir fordern, dass umgehend eine Ökobilanz für Marienheide erstellt wird. Von dieser ausgehend werden Maßnahmen zu entwickeln sein, um in und um Marienheide langfristig mehr CO₂ zu speichern als abzugeben. Wesentliche Maßnahmen in diesem Zusammenhang sind unter anderem der konsequente Einsatz von erneuerbarer Energie, Förderung erneuerbarer Energiequellen vor Ort, Anpassung der Verkehrsinfrastruktur und Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs, Aufforstung, Bewahrung und Erweiterung von Flächen zur CO₂-Speicherung. Das Energiesparmöglichkeiten genutzt werden müssen ist eine Selbstverständlichkeit. Wir werden im Ausschuss für Klima und Umwelt diese Entwicklung vorantreiben.

3. Der weiterlaufende Prozess der Regionalplanung zeigt, dass in Marienheide kaum noch Flächen für Gewerbebetriebe ausweisbar sind. Die SPD hat in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass das Dienstleistungsgewerbe in Marienheide stark unterrepräsentiert ist. Insbesondere wurde der schon in dem bisherigen Regionalplan ausgewiesenen Bedeutung der Region als Naherholungsgebiet kaum Rechnung getragen.

Hier wollen wir umsteuern. Die letztthin vorgestellte Maßnahme, an der Brucher Talsperre barrierefreies Erfahren einer oberbergischen Talsperre und von Schwimmen im Freiwasser ist ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen. Dringend geboten ist eine ergänzende Attraktivitätssteigerung der Brucher Talsperre und darüber hinaus sollte die Ausweisung und Gestaltung weiterer barrierefreier Wanderwege in unserem Ort folgen. Barrierefreie Naherholung wäre ein Alleinstellungsmerkmal, mit dem sich auch bei Senioren und Familien punkten lässt.

Der neue Ausschuss für Wirtschaft, Freizeit, Kultur und Tourismus hat über den Schwerpunkt Tourismus hinaus, das Einzelhandelskonzept weiter zu entwickeln, sich natürlich um die Ansiedlung von Gewerbe und die Nutzung leerstehender Geschäftsräume zu kümmern, organisatorische und finanzielle Hilfe bei kulturellen Veranstaltungen zu gewährleisten.

Die SPD ist nach wie vor der Meinung, dass eine Begegnungsstätte für Bürgerinnen und Bürger fehlt, in der Versammlungen, Konzerte, Ausstellungen usw. stattfinden können. Hier eine Forderung aufzustellen wäre im Angesicht der vielen anderen Aufgaben vermessen, wenn sich allerdings eine förderfähige Möglichkeit eröffnen sollte, würden wir diese wahrnehmen wollen.

4. Die Anbindung Marienheides an das Schienennetz verspricht nicht nur wirtschaftliche Vorteile, auch für junge Familien wird der Ort zunehmend interessant. Insgesamt können wir von einer mindestens gleichbleibenden Einwohnerzahl ausgehen, aber wie in ganz Deutschland auch von einem steigenden Bedarf an Wohnungen. Einerseits besteht Bedarf an Einfamilienhäusern, andererseits Bedarf an zentrumsnahen Wohnungen mit angemessener Ausstattung für Seniorinnen und Senioren. Um Leerstände zu vermeiden fordern wir die Einrichtung einer Stelle, die im Falle das ältere Mitbürgerinnen und Bürgern in eine kleinere Wohnung ziehen, die freiwerdenden größeren Wohnungen und Einfamilienhäuser an interessierte Familien vermittelt. Die zentrumsnahen bebaubaren Flächen in Marienheide sollten weitgehend entsprechendem Wohnraum für Seniorinnen und Senioren vorbehalten bleiben. Flächen für weitere Wohnbebauung können ausgewiesen werden. Dass mit den Flächen sehr sparsam umgegangen werden muss ist eine Selbstverständlichkeit, auch ist das Verdichten der vorhandenen Wohnbebauung in Angriff zu nehmen.

5. Mit den begonnenen Baumaßnahmen an der Grundschule in Müllenbach werden die dortigen Raumdefizite beseitigt, die geplanten Vorhaben an der Gesamtschule führen demnächst zur Behebung des gutachterlich festgestellten Rummangels. Die Schulsituation in Marienheide ist eine weitere Trumpfkarte in der Konkurrenz um qualifizierte Arbeitskräfte und Gewerbeansiedlung. Wenige Gemeinden dieser Größe können gewährleisten, dass jeder mögliche Schulabschluss im Ort erreicht werden kann. Die Grundschulen sind zurzeit stabil zwei- bzw. dreizügig, die Gesamtschule ist fünfzünftig bis zur zehnten Jahrgangsstufe und die Oberstufe verzeichnet von Jahr zu Jahr steigende Beliebtheit. Als Schule für alle Kinder beschult die Gesamtschule auch Kinder mit zusätzlichem Betreuungsbedarf. Die derzeitige Planung der Baumaßnahmen beinhaltet die Möglichkeit, die noch notwendigen Räume für die Inklusion – die gutachterlich nicht berücksichtigt wurde- zukünftig zu errichten. Inwieweit die bisherige digitale Ausstattung von Schüler*innen und Lehrpersonal ausreichend ist, muss nach dem derzeitigen pandemiebedingten Härtegrad ermittelt werden. Die SPD wird auf einen entsprechenden Bericht drängen, der sowohl auf die materielle als auch die softwaremäßige Ausstattung – Stichwort: digitales Lernen- abhebt.

Die Betreuungseinrichtungen an den Grundschulen für den Ganzttag (OGS) sind zurzeit knapp ausreichend, gegebenenfalls können an der Grundschule in Marienheide noch weitere Räumlichkeiten gefunden werden.

Problematisch ist derzeit die Situation in den Kindergärten. Die der Niederschrift der letzten Sitzung des Schulausschusses beigefügten Daten zeigen, dass alle Marienheider Kindergärten für das nächste Schuljahr eine Warteliste führen. Es ist von einem Bedarf von mindestens zwei zusätzlichen Gruppen auszugehen. Die SPD fordert die Verwaltung auf, mit dem Kreis und möglichen Trägern eines neuen Kindergartens Kontakt aufzunehmen, um möglichst kurzfristig die vorhandene Betreuungslücke zu schließen.

Die To-do-Liste war lang und ist sicherlich nicht vollständig. Dinge die permanent auf der Tagesordnung stehen wie z.B. die Erneuerung der Verkehrswege wurden nicht genannt. Sehr viel ist zu tun.

Unsere Verantwortung für die Umwelt, die Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen, aber auch die Verpflichtung gegenüber Mitbürger*innen die mit Einschränkungen leben müssen und unseren Senior*innen erfordert nach den Jahren des relativen Stillstandes entschlossenes Handeln.

Vorgelegt wird hiermit ein Handlungskatalog der für die gesamte Legislatur. Wir wissen, dass nur mit intensiver Kommunikation und Zusammenarbeit im Rat und mit der Verwaltung ein derartiges Programm abgearbeitet werden kann.

Dies ist eine Bitte und eine Aufforderung zu gemeinsamem Handeln für Marienheide.

Zum Schluss noch zurück zu den Zahlen: es ist zu erwarten, dass die Steuereinnahmen durch Corona zurückgehen werden. In welchem Maße ist noch nicht prognostizierbar. Der Haushalt wird über Jahrzehnte belastet werden. Ein kleiner Lichtblick sind die günstigen Kreditbedingungen.

Ziel muss es sein, die Belastung für den Bürger stabil zu halten und den Haushalt grundsätzlich positiv abzuschließen – wobei die pandemiebedingten Schulden herausgerechnet werden dürfen.

Ein letztes Aber:

Gebäude, die nicht instandgehalten werden; Straßen, die nicht erneuert werden; Strukturmaßnahmen, die nicht getätigt werden; Chancen, die nicht ergriffen werden, auch das sind Schulden, die kommende Generationen tragen müssen.

Und wer meint, dass an der Bildung zu sparen sei, macht Schulden, die niemals beglichen werden können.

Ein letztes Zitat:

„Es gibt viel zu tun – Packen wir's an!“ (Esso 1975)

Ich bedanke mich für Ihr Interesse, Ihre Zeit und Ihre Aufmerksamkeit.

harald kramer